

# Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt



Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.  
Abonnementspreis: Monatlich 2,25 Mark, bei Zahlung durch die Post 2,50 Mark.  
Im Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonstiger Störungen des Betriebes der Zeitung, der Briefkasten od. d. Beförderungsanstalten) hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung od. auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Verleger: Die Ottendorfer Zeitung, Ottendorf-Okrilla, Markt 1.  
Druck: Hermann Köhler, Ottendorf-Okrilla.  
Verantwortlich: Dr. H. Köhler.

Verantwortlich: Amt Hermannsdorf b. Dr. Nr. 31.

Postfach-Konto Leipzig Nr. 29146.

Schreibleitung, Druck u. Verlag Hermann Köhler, Ottendorf-Okrilla.

Nummer 123

Freitag, den 21. Oktober 1921

20. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

### Schöffens- und Geschworenen-Liste

Vom 21. Oktober d. Js. liegt die hiesige Schöffens- und Geschworenen-Liste fürs laufende Jahr eine Woche im hiesigen Rathaus während der üblichen Dienstzeit zur Einsicht öffentlich aus.

Vom Zeitpunkt der Auslegung an bis zum Ablauf der Auslegungsfrist können gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Liste schriftlich oder zu Protokoll Einsprüche erhoben werden.

Die Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes sind aus dem Amtsblatt des hiesigen Rathauses angeschlagene Bekanntmachung ersichtlich.

Ottendorf-Okrilla, den 20. Oktober 1921.

Der Gemeindevorstand.

### Personenstandsauflage. Einwohnermeldewesen.

Zum Zwecke der Veranlagung der Reichseinkommensteuer für das Rechnungsjahr 1921 und der Neuordnung des hiesigen Einwohnermeldewesens werden in den nächsten Tagen Wohnungsalisten ausgegeben. Diese sind von den einzelnen Wohnungsvorständen nach dem Stande vom 20. Oktober d. Js. gewissenhaft und gut leserlich auszufüllen und schriftlich vollständig bis zum

23. dieses Monats

an den betreffenden Hausbesitzer abzugeben. Die Hausbesitzer haben diese Listen auf die Vollständigkeit hin zu prüfen und mit der Bescheinigung nach Muster P. A. 2 bis zum

26. dieses Monats

an das Rathaus — Meldeamt — entweder persönlich oder durch eine ältere Person, welche über etwaige Mängel Auskunft geben vermag, abzugeben. Von Kindern werden Listen nicht abgenommen.

Ottendorf-Okrilla, am 12. Oktober 1921.

Der Gemeindevorstand.

### Sprechstunde in Wohnungsangelegenheiten.

Der Gemeinderat hat beschlossen, zur Entlastung der Gemeindevorwaltung und des Wohnungsausschusses und zur Annäherung zwischen Hauswirt und Mieter eine Sprechstunde in Wohnungsangelegenheiten im Rathaus einzurichten, welche von je 2 Vertretern der Hausbesitzer und Mieter besetzt ist und in der Regel

Donnerstags von 4 bis 6 Uhr stattfindet.

Wohnungsgeuche, Beschlagnahme- und Mietzins-Angelegenheiten usw. können in der genannten Sprechstunde angebracht werden.

Wohnungssuchende können über die hier bestehende außerordentlich große Wohnungsnot Auskunft erhalten, Streitigkeiten zwischen Hauswirt und Mieter können zur Befriedigung des Mietungsamtes dort ausgeglichen werden.

Wir bitten die Einwohnerschaft von dieser neuen Einrichtung Gebrauch zu machen, und sich unbedingt an die festgesetzte Zeit zu halten.

Ottendorf-Okrilla, den 4. Oktober 1921.

Der Gemeinderat.

### Vertikales und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 20. Oktober 1921.

Zum 1. Male sieht unsern Dite ein besonderer Theatergenuss bevor. Prof. Dr. Paul, der jeden Mittwoch im Dresdner Künstlerhaus mit großen Erfolge spielt, wird Sonnabend nachmittag auch hier eine Vorstellung geben. Er hat sich die Pflege echten, guten Volkshumors zu Aufgabe gemacht. Seine von ihm selbst verfassten Theaterstücke sind künstlerisch einwandfrei und werden von Jung und Alt sehr gern gesehen und gehört. Wer von Anhang bis zum Schluss einmal herzlich lachen will, der komme.

Die Frage der Feier des 9. November. Bei der Staatsregierung ist mehrfach angefragt worden, ob Bestimmungen wegen etwaiger Arbeitsruhe am 9. November d. J. zu erwarten seien. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei veröffentlicht hierzu eine längere Mitteilung, aus der hervorgeht, daß sich zunächst der Bundtag mit dieser Angelegenheit weiter zu beschäftigen haben werde. Im vorigen Jahre hatte die Regierung angeordnet, daß am 9. November bei den Staatsbehörden und Betrieben kein Dienst getan und der Schulunterricht ausgesetzt werden sollte. Der

Ministerpräsident hat jedoch bereits darauf hingewiesen, daß die Regierung diesen Weg kaum wieder gehen könne, da die Reichsregierung es abgelehnt hat, den 9. November zum Feiertage zu erklären und der größte Teil der sächsischen Arbeiterschaft sich im vorigen Jahre an den Feiertagen nicht beteiligte hat.

Die sächsische Regierung hat durch Verordnung bestimmt, daß alle Behörden in dem zuständigen Ministerium bis zum 1. November anzugeben haben: 1. Ob in den Anstalten an den Außenstellen oder im Innern der Dienstgebäude sich noch die Bezeichnung „königlich“ befindet und welche Hoheitszeichen der früheren monarchischen Staatsgewalt die Dienstgebäude sonst noch aufweisen; 2. Aus welchen Gründen die Entfernung der Insignien und Hoheitszeichen bisher unterblieben ist; 3. Wie hoch sich die Kosten für ihre Beseitigung belaufen und soweit nötig, in Gutachten der zuständigen staatlichen Hochbauämter, b. w. einen Kostenschlag beizufügen. Weiter sollen die Behörden sofort Sorge dafür tragen, daß in den Dienstgebäuden aus allen Amtskuben, Verhandlungs- und Wartezimmern, Gängen und dergl. alle Wappen und Wägen von Mitgliedern ehemals regierender Häuser und sonstiger monarchischer Erinnerungszeichen entfernt werden und zwar auch, soweit sie Privateigentum von Beamten sein sollten. Künstlerisch wertvolle Stücke aus staatlichem Besitz sind einem Nachlass zu überweisen. Als Hoheitszeichen der früheren monarchischen Staatsgewalt sind nur Kronen und die Wappenschilder selbst anzusehen.

Das Verbot des Mitführens von Kochgeräten in Staatswohnungen hat das Finanzministerium dem Landesausschuß für Jugendpflege, der dagegen auf Grund mehrfacher Anregungen vorstellig geworden war, eingehend mit den ausserordentlich hohen, in diesem Jahre schon bis jetzt rund 1/2 Millionen Reichsmark betragenden Verlusten durch Waldbrände erklärt, als deren Ursache bei einer großen Zahl das Abfischen durch Wanderer einwandfrei festgestellt sei. Die Staatsforstverwaltung, die sich zu diesem Schritt nur sehr schwer entschlossen habe, nachdem die Verbote des Abfischens auf den Brennholzstapeln sich als wirkungslos erwiesen hätten, könne das Verbot daher zu ihren lebhaftesten Bedauern nicht zurücknehmen. Von der angeregten Anweisung gefährlicher Abfischplätze im Walde, könne sie sich keinen Erfolg versprechen. Bemerkenswert ist nun aber die folgende, bisher nicht bekannte Einschränkung des Verbotes: „Lebrigens bezieht sich das Verbot nicht auf öffentliche, den Wald durchquerende Wege.“ Diese können nach wie vor mit Abfischgeräten bezogen werden. Wandergruppen, die den Staatswald durchschreiten, um außerhalb desselben an Orten abzulagern, wo dies ohne Gefahr für den Wald geschehen kann, sind hieran nicht gehindert, soweit sie nur öffentliche Wege benutzen.“ Ein gleiches Verbot war übrigens schon im Mai dieses Jahres vom Regierungspräsidenten in Frankfurt a. d. O. erlassen worden.

Nach einer die Tagespresse durchlaufenden Nachricht sollen die Bisamratten in Böhmen, ihrem Hauptherd, am Aussterben und besonders aus der Jeschnitz, aber auch aus anderen Gegenden bereits völlig verschwunden sein. Es soll dort eine Suche unter den Tieren herrschen. Die in Schichten eingedrungenen Bisamratten lassen einen Bestandsrückgang bisher nicht erkennen, doch ist gegebenenfalls mit Verschleppung jener Krankheit durch neu zuwandernde Tiere zu rechnen. Das würde eine sehr willkommene Hilfe für den staatlich organisierten Bisamratten-Bekämpfungsdienst sein. Die Hauptstelle für Pflanzenschutz an der Staatlichen Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Dresden, Stübelsallee 2, bittet deshalb, ihr sachdienliche Beobachtungen mitzuteilen. Insbesondere sind Nachrichten über das plötzliche Verschwinden des Schädlings aus bisherigen Wohngebieten oder Auffindung kranker oder verendeter Tiere erwünscht. Solche sind — die Kranken noch lebend — der Hauptstelle einzufenden, welche Porto und Auslagen, ebenso wie die gesetzliche Fangprämie vergütet wird.

Pulsnitz. Am Sonnabend, den 15. d. M. ist in hiesiger Stadt ein Schwindler aufgetreten. Derselbe hat in einem hiesigen Reinwandgeschäft Ware im Werte von 600 Mk. erschwindelt und in einem Hausgrundstück der Nachbargemeinde Pulsnitz M. S. (Ortsteil Bollung) für 500 Mk. wieder verkauft, um dadurch sich Geld zu verschaffen. Die erschwindelte Ware ist sichergestellt worden. Die Geschäftskleute werden gewarnt, sich vor dem Betrüger in acht zu nehmen.

Tharandt. Nach dem Genuss einer Fischmehlmilch

an einem Jahrmarktsstand erkrankte ein 18-jähriges Mädchen R. Th. aus Braunsdorf unter Vergiftungserscheinungen und verstarb nach 14-tägigen qualvollen Leiden an Fischvergiftung.

Freiberg. Der bei der Bichtenberger Ueberlandzentrale beschäftigte Arbeiter Göpfert aus Freiberg war mit Ausbesserungsarbeiten an der Hochspannungsleitung beschäftigt, als der Strom wider aller Erwartung eingeschaltet wurde. Hierdurch erlitt Göpfert äußerst schwere Brandwunden am Kopfe und der rechten Hand, die vollständig verbrannt.

Böbau. Um die Versorgung des Bezirks mit Kartoffeln sicherzustellen, beschloß der Bezirksverband der Landwirte in der Amtshauptmannschaft Böbau eine freiwillige Umlage, und zwar für den Hektar Kartoffelanbaufläche von 1/2 bis 5 Hektar 50 Zentner, darüber hinaus 65 Zentner. Der Preis wurde mit 45 Mark festgesetzt. Der Bezirksverband wird nunmehr mit Hilfe der Amtshauptmannschaft das Umlageverfahren einleiten. Der Beschluß soll für die ganze Herbstversorgung gelten.

Bösnitz. Nach einem Streite mit dem Vater wegen einer Kleinigkeit verließ der 16-jährige alte Kaufmannslehrling W. C. von hier das elterliche Haus und ertränkte sich im sächsischen Schieferbruche in Dittersdorf.

Kochlitz. In geschlossenem Zuge marschierte hier die Arbeiterschaft nach verschiedenen Dörfern der Umgebung und tätigte Kartoffellieferungsverträge zu 40 Mark für den Zentner.

Neudorf bei Ohranahl. Ein Autounfall, der noch glimpflich abgelaufen ist, hat sich am Sonntag hier zugegetragen. Der 7.10 Uhr abends von Oberwiesenthal abfahrende Kleinbahnzug, welcher 7.55 Uhr in Neudorf eintrifft, streifte an der Stelle, wo die Hauptstraße den Bahnkörper schneidet, kurz vor dem Bahnhof Neudorf den von Annaberg 6 Uhr 45 Minuten abfahrenden Autobus, welcher kurz vor dem Zuge die Bahnstrecke kreuzte. Von den beiden Insassen wurde einer leicht durch Glasplitter verletzt. Der andere Mitfahrer, ein Lehrer aus Neudorf, erlitt eine Gehirnverletzung. Von dem Autobus, der nicht umstürzte, wurden die Glascheiben zertrümmert. Die Unfallstelle ist für den Automobilverkehr schlecht übersichtlich, da die Eisenbahnstrecke dort nicht zu übersehen ist.

Seyer. Die Stadtverordneten haben die Einführung einer Lanztouristensteuer beschlossen. Für jede Tour werden 10 Pf. Steuer erhoben.

Blauen. Ein hiesiger Weber hatte beim Bezug der Erwerbslosenunterstützung das Vermögen seiner Frau verschwiegen und 1150,80 Mark Unterstützung zu Unrecht erhalten. Das Schöffengericht erkannte wegen Betrugs auf 1000 Mark Geldstrafe. Das Landgericht verwarf die von ihm und der Staatsanwaltschaft eingelegten Berufungen.

Delsnitz. Unter Brandmeister Feiler-Blauen fand eine Inspektion der Freiwilligen Feuerwehr statt, die in jeder Hinsicht befriedigte. Wasser konnte infessen nur wenig abgegeben werden, da man bei der herrschenden Wasserknappheit damit sehr hausälterisch umgehen mußte.

Im Delsnitzer Kohlenrevier ist ein Kampf zwischen organisierten und nicht organisierten Bergleuten ausgebrochen der jetzt scharfe Formen annimmt. In Belegschaftsversammlungen wurde beschlossen, daß ein Weiterarbeiten mit Nichtorganisierten abgelehnt werden müsse. Tatsächlich begannen am Montag auf verschiedenen Kohlenwerken plötzliche Streiks. Es wurde auf den Schächten Gotteshilfe und Kaiserin Augusta die Arbeit eingestellt. Dienstag wurde auf dem Gotteshilfe-Schacht, wo sich noch 120 Nichtorganisierte befanden, die Arbeit wieder aufgenommen, während der Augusta Schacht noch bestrickt wird. Die Rotstandsarbeiten werden verrichtet.

Aus dem unteren Erzgebirge. Der in diesem Jahre sehr geringe Ertrag von Waldbilzen wird jetzt einigermaßen durch das massenhafte Auftreten der Wiesenschampignons, denen der warme Sommer und Herbst zufließen gekommen sind, wettgemacht. In Wäldern mit Grasboden werden jetzt auch noch die beliebten Maronenröhrlinge (Braunhäutchen), die bisher ganz fehlten, gefunden.

**Klauströte**  
sowie alle Arten von Hautunreinigkeiten, Hautausschlägen, wie Mitosen, Akne, usw. verschwinden durch tägliche Gebrauch für echten  
**Fleckenpferd - Teerschwefel - Seife**  
von Bergmann & Co., Radebeul. Überall zu haben.





# Die Genfer Schiebung.

Die deutsche Regierung muß, als wenn sie an Ober- schlesien, an deutschem Land und deutschem Volk kein eigenes Interesse mehr haben dürfte, auf den genauen Inhalt der Entscheidung des Völkervertrages ebenso warten wie etwa die Einwohner von China oder Brasilien. Nicht eine amtliche Mitteilung über das, was in Genf beschlossen worden ist, hat sie bisher erreicht. Unter diesen außerordentlich betrübenden Umständen zu der neuen Lage klare Stellung zu nehmen, bedeutet für das Kabinett Wirth eine schier unerfüllbare Zumutung. Die Reichsregierung hat es deshalb vorgezogen, in einer amtlichen Mitteilung zunächst nur die allgemeine Erregung zu beschreiben, die die Nachrichten aus Genf im ganzen deutschen Volk hervorgerufen haben. Eine Entscheidung, wie sie danach zu befürchten sei, würde von Deutschland als Bergewaltigung und hartes Unrecht empfunden werden, sie würde unablässige Beunruhigungen und Unzufriedenheiten zur Folge haben und dem deutschen Wirtschaftskörper eine unheilbare Wunde schlagen. Rame es so, wie die Anklagen aus Genf erwarten ließen, so würden die Voraussetzungen einschneidend beeinträchtigt, unter denen die gegenwärtige Regierung die Geschäfte des Reiches übernommen und geführt habe.

Soweit die Regierung. Sie behält sich also offensichtlich ihre letzte Entscheidung noch vor, auf die selbstverständlich von den Parteien auch verschiedenen Meinungen hin eingewirkt wird. Inzwischen ist der Völkervertrag endlich auseinandergelassen. Mit Worten des Lobes hat Präsident Jibii seine Mitarbeiter entlassen, und eine längere Darlegung des Völkervertrages sucht, ohne der Welt den Inhalt des abgegebenen Gutachtens des näheren zu verraten, mit ungläublich verlegenen Redensarten zu begründen, warum die Entscheidung so wie es geschehen ist getroffen wurde. Selbstverständlich erklärt man, daß man sich genau an die Vorschriften des Friedensvertrages gehalten habe. Wenn man trotzdem zu einem Ergebnis gekommen ist, das kein Mensch vor und seit diesem Friedensvertrage für möglich gehalten hätte, das Dr. Entschel, der Vorsitzende des deutschen Schlichtungsausschusses mit Recht für irrtümlich erklärt hat, so braucht die amtliche Genfer Mitteilung vergeblich viel Worte, um sich deswegen vor der Welt zu rechtfertigen. Man hört aus allem nur den offenbar von vornherein festgestellten Entschluß heraus, sich so zu entscheiden, daß den Leiden, von Frankreich zuzüglich beschlagnahmten Polen ein möglichst feines Gericht ertragen werden konnte. Alle Gründe und Beweise, mit denen Deutschland von Anfang an die Unheilbarkeit des Friedensvertrages darzulegen hat, werden hervorgehoben, um — mit einem Sprung von halbschmerzlicher Kühnheit zu der Forderung zu gelangen, daß Oberschlesien abgetrennt werden müsse. Nur müsse diese Teilung so vorgenommen werden, daß sie nicht zugleich zur wirtschaftlichen Vernichtung des Landes führe, und diese Sorge habe man sich unter Zustimmung von Sachverständigen ordentlich angelegen sein lassen. So seien Vorschläge entstanden über die Fortführung der Verwaltung des Landes und über eine Reihe wichtiger Übergangsbestimmungen für längstens 15 Jahre. So lange also soll Deutschland eine ganze Arbeitskraft aufwenden, um die losbaren Gebiete nur ja recht ordentlich zusammenzuhalten, recht produktiv zu entwickeln und sie schließlich in echt deutscher Vollkommenheit an Polen übergeben zu können. Eine Lösung, die man verflucht gesehnt nennen könnte, wenn sie nicht so verteilungsdumm wäre. Der deutsche Reich hat sich nicht gerade als ein Ausbund von Selbstsucht und Eigennutz erwiesen, aber so lächerlich wird er hoffentlich nicht sein, um dieser gemacht naiven Dreistigkeit des Völkervertrages zum Siege zu verhelfen.

Ganz einzig ist man sich freilich im Entenlager noch nicht, wie dieser neue Scherenschnitt gegen Deutschland vollendet werden soll. In Paris möchte man ihn Hals über Kopf, ohne viel Formalitäten ins Werk gesetzt sehen, während London noch ein etwas umständlicheres Verfahren für nötig hält und deswegen eine neue Sitzung des Obersten Rates fordert. Darüber scheinen sich die beiden Verbündeten wieder etwas in die Haare geraten zu wollen. Ob indessen diesmal Lloyd George oder Briand seinen Willen durchsetzt, für Deutschland läme es darauf wenig an. Gefallen oder gebrauten zu werden, macht wirklich für denjenigen, der auf das Herdfeuer gebracht werden soll, einen herzlich geringen Unterschied. Daß von Lloyd George nichts Gutes mehr für uns zu erwarten ist, darüber wird der Bericht des deutschen Völkervertrages über

seinen Empfang beim britischen Minister des Auswärtigen wohl nicht den geringsten Zweifel gelassen haben. Also kann es sich für uns nur noch darum handeln, ob und welche Rettung für Oberschlesien wir noch in uns selbst zu finden vermögen. Die Entscheidung darüber liegt bei der Reichsregierung und beim Reichstag.

## Die deutsche Mark bleibt.

Die amtliche Mitteilung des Völkervertrages, die nach Schluß der Tagung ausgegeben wurde, vermeidet jede Angabe über die neue Grenze, teilt aber mit, daß sie durch das Industriegebiet geht. Im übrigen gelten die Mitteilungen ausschließlich den Vereinbarungen, mit deren



Die vorgeschlagene Grenze.

Hilfe die wirtschaftliche Ungelegenheit dieser neuen Grenzführung abgemildert werden soll. Die wichtigsten Bestimmungen beziehen sich auf die

### Beibehaltung der deutschen Mark

als gesetzliches Zahlungsmittel in den an Polen abgetrennten Gebieten, die Eisenbahnfrage, die Wasser- und Elektrizitätsversorgung, die Zollfreiheit für gewisse Produkte, wie Kohle und Zink, und den Schutz der politischen Minoritäten. Alle diese Bestimmungen gelten nur für eine Übergangszeit, die in den einzelnen Fällen verschieden bemessen ist und höchstens fünfzehn Jahre dauern soll.

## Was nun?

### Die vertagte Regierungskrise.

Die durch die Genfer Beschlüsse hervorgerufene Regierungskrise verdrängt in Berlin nach wie vor den politischen Sturm, aber sie scheint im Augenblick doch noch nicht zum vollen Ausbruch zu kommen, sondern man überlegt sich halt besten erst einmal die Frage, was dann geschehen soll, wenn das Kabinett zurückgetreten ist. Das ist eine durchaus richtige Haltung der maßgebenden Kreise, denn es kommt jetzt — das hat man aus den schmerzlichen Erfahrungen bei früheren Regierungswechsels in kritischen Augenblicken glücklicherweise gelernt — vor allem darauf an, im entscheidenden gefährlichen Moment eine aktionsfähige Regierung zu erhalten.

Dementsprechend ist man vorläufig dahin übereingekommen, daß das Kabinett Wirth seinen erklärten Austritt unter keinen Umständen übereilt erklären soll. Man wird erst die amtliche Bekanntgabe des Völkervertrages abwarten, und wird dann erst in eine genaue sachliche Prüfung der Wirkungen dieses Genfer Beschlusses, besonders nach der wirtschaftlichen Seite hin, eintreten. Der springende Punkt ist bei allem die Frage, ob unter den neu geschaffenen unendlich erschwerten Umständen das Programm der Erfüllung des Wilmanns noch aufrecht erhalten werden kann, welches die politische Grund-

## Sammelmappe

für bemerkenswerte Tages- und Zeitereignisse.

- Im Preussischen Landtag hielt Präsident Reinert im Namen der großen Mehrheit eine Protestrede gegen die Freizügigkeit Oberschlesiens.
- Die Vereinigten Verbände heimatischer Oberschlesier richteten an den Völkervertrag, Lord George, Harding, Bonomi und Mitti Proteste gegen die Verschiebung Oberschlesiens.
- Senator Knox ist in Washington gestorben.

lage des Kabinetts Wirth bildet. Man ist zu der Überzeugung gekommen, daß dazu keine Möglichkeit bestehe, und daß man, falls die Genfer Beschlüsse sich in der jetzt bekannten Form bestätigen, versuchen muß, eine Herabsetzung unserer Verpflichtungen zu erreichen. Gleichzeitig hält man mehr als je gerade im jetzigen Augenblick eine Zusammenfassung aller Kräfte und damit

eine Verbreiterung der Regierungsbasis für notwendig, einestheils, um der Regierung die nötige Festigkeit nach außen hin zu geben, andererseits, um ihr jetzt alle irgend erreichbaren Hilfsquellen im Innern aufzuschließen. Die Meinung des Kanzlers geht dahin, daß eine Lösung der neuen Schwierigkeiten nur durch internationale Verhandlungen erzielt werden kann und es müsse Deutschlands Bestreben sein, das Ausland endlich davon zu überzeugen, daß durch einen Beschluß Oberschlesiens die gesamte Weltwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen wird und daß Deutschland an solchen internationalen Besprechungen teilnehmen muß. Zunächst glaubt er, daß es unumgänglich nötig ist, das Erfüllungsprogramm grundsätzlich aufrechtzuerhalten, aber keine Einschränkung anzuzubringen. Dazu bedarf es energischer Schritte, die durch eine plötzliche Regierungskrise nur behindert werden könnten. So werden augenblicklich vor allem die

### Kreditverhandlungen mit der Industrie

eifrig fortgesetzt, weil nur dadurch das Reich bald in den Besitz der dringenden notwendigen Geldmittel kommt. Dieses Unternehmen scheint aber ohne gleichzeitige Verwirklichung der „großen Koalition“ wenig Aussicht auf Erfolg zu haben, weshalb die Anstrengungen des Kanzlers gleichzeitig auf deren Zustandekommen gerichtet sind. Bei den Parteien herrscht allerdings noch keineswegs Einigkeit über die Schritte, die jetzt getan werden müssen. Während die Sozialdemokraten das Kabinett Wirth halten wollen, oder doch den jetzigen Kanzler auch mit der Bildung einer neuen Regierung beizutreten wollen, scheitern die Demokraten zu beabsichtigen, ihre Minister aus dem Kabinett zurückzuziehen. Allerdings genießt Dr. Wirth persönlich auch bei den Demokraten ebenso wie beim Zentrum nach wie vor volles Vertrauen. Die Entscheidung darüber, ob das Kabinett bleibt, ob es nur eine geringe Veränderung oder eine völlige Neubildung erfährt, wird in diesen Tagen in Besprechungen mit den Parteiführern gefaßt. Zur obersten Frage selbst wird dann der Reichstag voraussichtlich in kurzem Stellung nehmen.

## Handel und Verkehr.

Dauer der Telefongespräche. Im Krisenverkehr wurden bisher zahlreiche Besprechungen dadurch herbeigeführt, daß manche Teilnehmer sich längere Zeit hindurch, unter Umständen bis zu drei Viertel Stunden, unterhielten. Durch die neue Fernsprechanordnung ist die Telefongesprächsdauer jetzt beschränkt. Telefongespräche nach einer Dauer von 15 Minuten durch Trennung der Verbindung zu beenden, wenn der Betrieb es erfordert. Im Fernverkehr darf die Dauer eines Gesprächs stets bis zu 6 Minuten betragen. Auch über 6 Minuten hinaus darf ein Gespräch ausgebeutet werden, wenn die Leitung nicht von anderer Seite beansprucht wird.

Das polnische Durchreisepass. Das Reichswanderratsamt weist darauf hin, daß zur Reise nach Danzig, Ostpreußen, Memel, Litauen, Lettland oder Estland über Land ein Reisepass, versehen mit dem polnischen Durchreisepass, notwendig ist. Der polnische Reisepass kann nur in Berlin beschafft werden, was einige Tage in Anspruch nimmt. Kein Ausweis und insoweit dessen auch kein polnischer Reisepass wird für die Reise über Schweden, Estland nach Danzig oder Ostpreußen benötigt. Die von den Flüchtlingssstellen ausgestellten Fahrkarte haben für diesen Fall jedoch keine Gültigkeit.

Sie reichte ihm die Hand. Ihre Finger waren kalt, er fühlte es durch den feuchten Handschuh hindurch, und in ihren Augen lag ein so unendliches Weh, das es auch ihm das Herz zusammenschürzte.

Eine halbe Stunde später schritten sie nebeneinander durch den schweigenden Wald.

Es war ein heißer, sonnenüberglänzter Tag, aber im Walde würde man nichts davon. Wie im Inneren einer großen Kathedrale wo es kühl und still unter den rauschenden Baumkronen, durch deren dichtbelaubte Krone nur ab und zu ein Stückchen blauer Himmel schaute. Smaragdgrüne Lichter fielen von oben über den sammeltwischen Waldböden. Ringsumher atmete es würzigen Erdgeruch und Tannenduft.

Von Zeit zu Zeit rauschte es durch die Krone der Fichten und Buchen wie ein schweres schwüles Aufkommen der Natur.

Und dazwischen schritten die zwei jungen warmblütigen Menschenkinder, die sich lieb hatten, so unglücklich lieb mit allen feinen Fasern ihrer Herzen, und die sich doch verloren hatten fürs ganze Leben, verloren ohne Schuld, weil das Schicksal sie auseinandergerissen hatte.

„Warum?“

Lange Zeit war jeder von ihnen mit seinen Gedanken beschäftigt. Worüber schritten sie nebeneinander her.

Blühlich strahlende Hildegard über eine Baumwurzel, die quer über den Weg gewachsen war, und beinahe wäre sie gefallen, wenn Herbert sie nicht gehalten hätte. Mit festem Griff faßte er ihre Hand und hielt die Wandlung aufrecht.

Dann blieb ihre Hand in der seinen, und so schritten sie weiter.

Endlich fand Herbert den Mut, das drückende Schweigen zu brechen, indem er lebendlic und fragte: „Was soll denn nun eigentlich werden aus dem allen?“

Es klang wie ein verweiltes Aufschrei, mit dem seine ganze gepreßte Seele sich Luft machte.

(Fortsetzung folgt.)

## Der Mann mit der Maske.

Novelle von Walter Schmidt-Häcker.

187 (Nachdruck verboten.)

In dessen war es Tischzeit geworden, ohne daß von Hildegard irgend eine Nachricht gekommen wäre. Er war froh, als die Table d'hôte vorüber war, das Schwägerin um ihn her, das Geräusch der Geschirre, das Hin- und Herlaufen der Kellner hatten seine Nervosität bis zum äußersten gesteigert, und so hatte er sich mit seinem Kaffee in die äußerste Ecke des Hotelgartens gesüßelt und blinde gedankendeelektoren die schmale Straße hinunter. Alles kam ihm heute so namenlos albern und nichtsagend vor, das ganze Leben erschien ihm wie eine recht abgeschmackte Komödie.

Die unmerklichen Engländerinnen in dem Hotel, die mit riesigem Haarzopf und weißen Schuhen über den großen Füßen zum Tennisplatz hasteten, die alte Erzellens, die mit der Blüthe einer regierenden Landesmutter ihre 240 Pfund auf der Beramba konnte, die alte Amtsrätin, die mit wahrer Todesverachtung verachtete, ihre beiden angeheirateten Töchter an den Mann zu bringen, alle kamen ihm vor wie minderwertige Mimen, die ein herzlich uninteressantes Stück herunterspielten.

Blühlich sah er auf der Straße eine leichte Gestalt aufstehen, die langsam an den Gärten der Willen vorbeigekam auf Hotel Heidelberg zugeschliffen kam. Er traute seinen Augen nicht — aber eine Täuschung war ausgeschlossen, es war Hildegard. Am liebsten wäre er aufgesprungen und ihr entgegengeeilt, aber er hielt es für besser, erst zu beobachten, ob sie ihm irgend ein Zeichen geben würde.

Im Hotel konnten Bekannte von ihr wohnen und wie leicht konnte die leiseste Unvorsichtigkeit mehr Schaden als Nutzen.

Als auf etwa zwanzig Schritte kam Hildegard in die Nähe des Gartens, kreuzte mit einem flüchtigen, scheinbar ganz zufälligen Blick den Platz, wo Herbert sah und wandte sich dann um, wie jemand, der planlos einen

Spaziergang gemacht hat und nun denselben Weg in aller Gemächlichkeit zurückgehen will. Als die schlanke Gestalt an der Biegung des Weges, wo man sie vom Hotel aus nicht mehr sehen konnte, einen Augenblick stehen blieb und in einen der Vorgärten hineinschaute, erhob sich Herbert langsam und ging in bedächtigem Promenadenschritt hinter ihr her. Als sie bemerkte, daß er ihr folgte, ging sie weiter und bog endlich in die Anlagen ein, die nach dem Wege zum Bahnhof führten.

Unentwegt folgte Herbert, bis er endlich vor ihr stand.

„Herzlich erstrahlen sie sich die Hände.“

„Du kommst selbst!“ rief er aus und sein ganzes Gesicht strahlte im Widerschein der Freude und Überraschung.

„Ja, mein armer Freund, ich komme selbst, denn das Geschick scheint es zu wollen, daß wir über alles miteinander sprechen. Mein Mann ist verreist, nach Berlin auf zwei Tage, und ich kann hier, wo niemand mich kennt, ungestört mit dir reden.“

„Ich danke dir, Hilba, danke dir tausendmal, denn heute muß es klar werden zwischen uns; diese Qual der Ungewißheit könnte ich nicht mehr ertragen. Es war eineurchbare Nacht, die ich hinter mir habe!“

„Das glaube ich dir gern. Auch ich habe seit gestern mehr denken müssen, als in den letzten Jahren zusammengekommen, und doch bin ich zu keinem Schluß gekommen.“

„Genau so wie ich. Deshalb müssen wir es einmal gemeinsam versuchen. Aber wohin gehen wir? Ich bin hier gänzlich unbekannt.“

„Ich denke, das beste wird sein, ich lasse den Wagen, der mich hergebracht hat, allein auf der Chaussee nach Danzig zurückfahren und wir gehen die paar Stunden über die Dörfer und durch den Wald. Dann bin ich noch vor Einbruch der Dunkelheit wieder daheim und wir haben genügend Zeit, uns ohne Beugen auszusprechen. Ich gehe voran nach dem Marktplatz, wo der Wagen ausgepannt hat und mich erwartet, und schicke ihn fort. — Du brauchst nur zu folgen.“





# Ungarns Sonderkrieg.

Auf nach Wien!

Wiener Meldungen besagen, daß die Ungarn eine größere Unternehmung zunächst gegen Wiener-Neustadt planen. An der Ostgrenze des Burgenlandes, im südlichen Teile und am Neusiedlerweg seien Truppenmassen zusammengezogen, die nach vorsichtigen Schätzungen 40 000 Mann betragen. Die Ungarn machten zwei Stoßkolonnen marschfertig,

von denen die eine einen Angriff auf Wiener-Neustadt unternehmen, die andere zunächst gegen den Semmering und von hier aus ebenfalls gegen Wiener-Neustadt vorgehen solle. Diese Kolonne solle sich, wie die Blätter weiter melden, in erster Linie der großen Munitionslager bemächtigen und die starken Arbeiterwehren am Steinfeld mit einem Schläge beschlagen. Dann dürste zu einer Unternehmung gegen die Hauptstadt Wien geschritten werden. In Wien wurde bereits ein monarchistisches Flugblatt verbreitet, das die österreichischen Soldaten auffordert, nicht auf die Ungarn zu schießen, sondern zu ihnen überzugehen. Zwei Hauptleute des österreichischen Alpenjägerbataillons sind unter dem Verdacht des Einverständnisses mit ungarischen Bandenführern und des Diebstahls von Maschinen- und Gewehren verhaftet worden.

## Die Rückwirkung auf Europa.

Der „Corriere d'Italia“ veröffentlicht einen bemerkenswerten Aufsatz des österreichischen Abgeordneten Dr. Mataja mit dem Titel: „Das Burgenland: Der Ausgangspunkt eines neuen Krieges“. Er kommt zu folgenden Schlussfolgerungen:

Belommen wir (Österreich) das Burgenland nicht, wird der Vertrag von St. Germain in dem einzigen Punkt, der Österreich einen Vorteil bietet, nicht eingehalten, dann wird sich niemand in der Welt an irgend einen Punkt der Friedensverträge moralisch gebunden fühlen. Ungarn hat nur ein Ziel, d. h. die Wiederherstellung seiner alten Grenzen, die Rückeroberung der Gebiete, die es im Frieden von Trianon an die Tschecho-Slowaken, an Rumänien, an Südslawen abtreten mußte. Sind ein paar tausend Freischärler imstande, den Friedensvertrag umzusetzen, dann sind die Ungarn nicht mehr zu halten. Wird der ungarische Staat nicht bald angetreten, dann wird sich sein Volk vor ihm retten können.

## Rufen an der österreichischen Grenze.

Die „Wiener Reichspost“ meldet aus Marburg: Entlang der ganzen Grenze Südslawiens gegen Österreich sind unter Vermittlung Frankreichs angeworbene Truppen der russischen Wrangel-Armee in Divisionsstärke eingetroffen, welche den Grenzjägerdienst versehen. Unter den Truppen befinden sich zahlreiche deutschsprachende Offiziere und Mannschaften.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Veränderte Zahlungsweise der Reparationschulden?

Nach englischen Blättermeldungen untersucht die englische Regierung die Frage der Bezahlung der deutschen Entschädigung und den Einfluss, welchen diese auf den britischen Handel haben wird. Es sollen bereits Vorarbeiten vorbereitet worden sein, um die Form der Bezahlung der Entschädigung zu ändern. Man wird in der Vermutung nicht fehlerhaft sein, daß es sich dabei um eine Nachwirkung der Wessbader Abmachungen handelt, auf Grund deren von deutscher Seite bereits die Möglichkeit erörtert wurde, auch mit den anderen Gläubigerländern in Beratungen über eine Abänderung eines Teils der Reparationsverpflichtungen durch andere Zahlungsformen einzutreten. Ob England ebenfalls auf Sachleistungen zu kommen will, ist noch nicht bekannt.

#### Die Saarländer gegen den französischen Franken.

Die politischen Parteien, die die überwiegende Mehrheit der Saargebietbevölkerung umfassen, haben an den Wählerbundrat in Genf ein Telegramm gerichtet, in dem sie erklären, der überwiegende Teil der Saargebietbevölkerung erhebe aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen nachdrücklich seine Stimme gegen jede weitere Eingliederung der Frankensprachigen. Sie weisen weiter die in einem Telegramm dreier Gewerkschaftsführer aufgestellte Behauptung zurück, wonach diese den überwiegenden Teil der Bevölkerung des Saargebietes vertreten.

### England.

Schlimme Zukunftsaussichten. Auf dem Kongreß für wirtschaftliche Wiederherstellung und Weltfrieden erklärte

der englische Finanzfachverständige G. Paiff, es sei ein Fehler, zu glauben, daß die Krise im Handel im Abnehmen begriffen sei. Nächstes Jahr um diese Zeit werde die Zahl der Arbeitslosen sich wahrscheinlich verdoppelt haben. Weitere zehn Millionen Menschen würden noch zugrunde gehen müssen, wenn sie ihrem Schicksal überlassen würden. Wenn Amerika heute Europa sterben lasse, so würde ein sehr beträchtlicher Teil des amerikanischen Volkes ebenso zugrunde gehen müssen. Die Frage, die heute in Rußland herrsche, werde bald in ganz Europa herrschen.

Berlin. Die Bezahlung der nächsten Reparationsrate von 800 Millionen Goldmark, die am 15. November fällig ist, ist durch Ankauf von Devisen und Krediten bereits gedeckt.

Paris. Die Einnahmen aus den indirekten Steuern, Gebühren und Monopolen im September betrugen insgesamt 1 010 644 000 Frank, was ebenso viel wie im August 1921, aber 105 908 700 Frank weniger als im September des vorigen Jahres ist. Gegenüber dem Budgetvoranschlag beläuft sich der Minderertrag auf 139 306 700 Frank.

London. Die Konferenz für weltwirtschaftliche Wiederherstellung hat eine Entschädigung angenommen, in der alle Regierungen aufgefordert werden, für die Unterstützung Rußlands Kredite zu gewähren, ohne Bedingungen zu stellen, durch die sich die Mächte in Rußlands innere Verhältnisse einmischen.

## Ein Hohenzollernprozeß.

Um den Sohn des Prinzen Joachim von Preußen.

Vor dem Landgericht Potsdam gelangte jetzt der Prozeß, den die Prinzessin Joachim von Preußen, die Gattin des freiwillig aus dem Leben geschiedenen jüngsten Sohnes des früheren Kaisers, gegen ihren Schwager, den Prinzen Eitel Friedrich von Preußen, angestrengt hat, um die Herausgabe ihres ihr vorenthaltenen Sohnes, des Prinzen Karl Franz Joseph, zu erlangen, zum zweitenmal zur Verhandlung. Das Landgericht hatte in erster Instanz zugunsten der Mutter entschieden, da nach dem bürgerlichen Recht, das nach Abschaffung der Vorrechte des Adolfschen Hauses zur Anwendung zu kommen habe, die Erziehungsgewalt nach dem Tode des Vaters auf die Mutter übergehe. Gegen dieses Urteil hat Prinz Eitel Friedrich als Pfleger des kleinen Prinzen Berufung eingelegt. Diese Berufung schwebt zurzeit noch beim Kammergericht, und der Beklagte weigerte sich, vor der endgültigen Entscheidung seinen Pflichten auszuführen. Auch persönliche Vorstellungen der Mutter des Kindes bei der Prinzessin Eitel Friedrich halfen nichts. Die Prinzessin Joachim beantragte daher im Wege der einstweiligen Verfügung die sofortige Herausgabe des Kindes. Im jetzigen Termin legte Justizrat Lubjanski-Berlin als einer der Vertreter der Klägerin ärztliche Zeugnisse vor, nach denen der weitere Kampf um das Kind die Gesundheit der Prinzessin ernstlich zu gefährden droht. Die Vertreter des Prinzen legten darauf überraschenderweise einen erst vor wenigen Tagen erlassenen Beschluß des Vormundschaftsgerichts Potsdam vor, wonach bis zur Erteilung des ordentlichen Nachstreters das Kind bei dem Prinzen Eitel Friedrich bleiben sollte. Gleichzeitig beantragten sie wegen angeblicher Gefährdung der Stillheit Ausschluss der Öffentlichkeit. Die Öffentlichkeit wurde aus dem Saal geschlossen, der Vorsitzende verkündete jedoch später, daß er, wenn ihm der Inhalt des Beschlusses des Vormundschaftsgerichtes vorher bekannt gewesen wäre, keinen Anlaß zum Ausschluß der Öffentlichkeit gehabt hätte. Es handelt sich bei diesen Dingen um wesentlichen und kostlos, vor allem um Angaben eines eintausend Dieners der Prinzessin über einen angeblich ausführenden Lebenswandel der Klägerin.

Das Gericht verurteilte schließlich das Urteil dahin, daß dem Prinzen Eitel Friedrich durch einstweilige Verfügung ausgenommen wird, das Kind herauszugeben und es bis zur rechtskräftigen Entscheidung des Nachstreters bei der Prinzessin zu belassen. Wie es heißt, will die Familie der Klägerin, die eine geborene Prinzessin von Anhalt ist, jetzt die ganze Angelegenheit zu der ihrigen machen. Wenn Prinz Eitel Friedrich sich auch jetzt noch weigern sollte, das Kind herauszugeben, dürfte nicht übrig, als es ihm durch den Gerichtsvollzieher abzunehmen zu lassen.

## Von Nah und fern.

Neue Titel. Gemäß den Beschlüssen des preussischen Staatsministeriums wird den Kreisärzten die Amtsbezeichnung „Kreismedizinalrat“, den Gerichtsärzten die Amtsbezeichnung „Gerichtsmedizinalrat“, den Landesgewerbeärzten die Amtsbezeichnung „Gewerbemedizinalrat“ beigelegt.

Die Denkmäler aus den Kolonien. Unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Jng. Müller im Reichsministerium für Wiederaufbau hat sich ein Komitee zur Aufstellung der Denkmäler aus den Kolonien gebildet. Seine Aufgabe sieht es in der Wiederaufstellung der Denkmäler, die aus den ehemaligen Schutzgebieten an Deutschland zu-

rückgegeben worden sind. Bisher sind aus Ostafrika die Stauen von Wissmann und Peters zurückgelangt. Wegen der Herausgabe weiterer Denkmäler schweben Verhandlungen. Die Kosten der Wiederaufstellung werden aus privaten Mitteln gedeckt.

Zusammenschluß der Groß-Berliner Zeitungsverleger. Die „Bereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger“ und der „Bereinigung Berliner Zeitungsverleger (früher Verein Berliner Vorortpresse)“ haben unter dem Druck der für die Zeitungen immer unerträglicher werdenden Verhältnisse beschloffen, künftig in wirtschaftlichen und tariflichen Fragen zusammenzuarbeiten.

Oppauer Kinder in der Schweiz. Dem Pphn-Kollegen der Universität Halle, Geheimrat Wöberhagen, ist es gelungen, für mehr als 350 Kinder aus Oppau Unterkunft in der Schweiz zu finden. Es handelt sich um Kinder, die bei der Katastrophe selbst Schaden gelitten haben und um solche, deren Väter verunglückt sind. Verschiedene Schweizer Familien haben sich bereit erklärt, Kinder, die beide Eltern verloren haben, an Kindesstatt anzunehmen.

Munitionsexplosion. Aus Wien wird berichtet: Das Alpenjägerregiment Nr. 7, das aus Anlaß der burgenländischen Frage nach Wien verlegt wurde, hatte eine Übung auf der Militärarschikstätte angelegt. Zu diesem Zweck waren vom Arsenal 300 Handgranaten angefordert, die auf Munitionswägen zur Schießstätte geführt werden sollten. Aus bisher unbekannter Ursache flog ein Wagen in die Luft. Der den Wagen begleitende Bedermann wurde getötet, drei Personen wurden verletzt; durch die Explosion wurden sämtliche Fensterheben in der Umgebung zertrümmert.

Ein Anschlag auf einen ukrainischen Minister. Gegen den ukrainischen Minister Nikolaj Wassilko versuchte in Wien der ukrainische Arzt Dr. Winjatshewitsch aus Odessa einen Anschlag, indem er den Minister mit einem feilenartigen Stod niederzuschlagen suchte. Durch die Geistesgegenwart eines Legationssekretärs wurde der Anschlag verhindert. Dem Attentäter gelang es, zu entkommen.

Der Weg zum Gaurisankar. Der Londoner Knuscher der Mount-Everest-Expedition hat die Abmeldung erhalten, daß die Führer der Expedition jetzt einen Weg gefunden haben, der die Erreichung der Spitze des Gaurisankar, des höchsten Berges der Erde, möglich erscheinen läßt.

## Für heut und morgen.

Konfessionelle Feiertage und Schulunterricht. Verschiedene Unstimmigkeiten in der an konfessionellen Feiertagen gestatteten Befreiung der Schüler vom Schulunterricht haben den preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu einem grundlegenden Erlaß an die Regierungen veranlaßt. Wenn evangelische Schulen von Schülern katholischen Bekenntnisses besucht werden, so sind die von der katholischen Kirche gebotenen Feiertage für diese Schüler als schulpflicht anzusehen, ohne daß es eines besonderen Antrages der Eltern bedarf. Es ist daher auch nicht zulässig, das Fehlen an diesen Tagen in den Schulzeugnissen als Schulverhältnis zu vermerken. Das gleiche gilt für evangelische Schüler in katholischen Bekenntnisschulen sowie für jüdische Schüler in christlichen Schulen.

## Gerichtshalle.

Ende des Belberter Hochverratsprozesses. Im Belberter Hochverratsprozeß wurde vom Reichsgericht das Urteil gefällt. Es wurden verurteilt der Schloffer Wilhelm Graf aus Belbert wegen Hochverrats zu fünf Jahren sechs Monaten Festung, wegen Beihilfe zum Hochverrat der Schloffer Franz Wafford aus Belbert zu drei Jahren Festung, der Dreher Wilhelm Häbner aus Belbert, der Schloffer Karl Diez aus Belbert, der Friseur Max Schröder aus Düsseldorf, der Erbarbeiter Wilhelm Stof aus Belbert, der Malchinist Paul Däppers aus Belbert und der Schloffer Ernst Carlmann aus Belbert zu je zwei Jahren Festung, der Kaufmann Hans Rauchen aus Belbert zu einem Jahre sechs Monaten Festung, der Former Erwald Schrotz aus Belbert und Frau Theresie Stof zu je einem Jahre drei Monaten Festung und wegen Mithilfe, begangen in Gemeinschaft mit anderen, der Optiker Erich Löwenthal aus Eberfeld zu drei Monaten Gefängnis. Freigesprochen wurde der Kaufmann Arthur Thomas aus Düsseldorf. Den Angeklagten wird der größte Teil der erlittenen Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet. Bei Löwenthal wird die Strafe durch die Untersuchungshaft für verhängt erachtet. Sämtlichen Angeklagten wurden mildernde Umstände zugestanden, da sie nicht aus ehrloser Bestimmung gehandelt haben und des festen Glaubens waren, einer guten Sache zu dienen.

## Der Mann mit der Maske.

Novelle von Walter Schmidt-Dähler.

(Nachdruck verboten.)

Sildegard suchte die Äpfeln und schweig. In ansprechen wagte sie nicht. „So kann es doch nicht bleiben zwischen uns!“ fuhr Herbert fort. „Es ist doch nicht auszuweichen, daß wir da nebeneinander hergehen, wie zwei wildfremde Menschen, die nichts miteinander gemein haben, und doch hat keiner von uns etwas getan, um den anderen zu kränken, um all das zu rechtfertigen, was uns jetzt voneinander scheidet.“

Aber gelassen ist es nun einmal, Herbert, erwiderte die junge Frau, die große trennende Mauer hat sich zwischen dir und mir und keine Brücke führt zusammen. Wollte ich dir irgend etwas anderes sagen, so würde ich ein Unrecht begehen an dem Manne, dessen Gesicht mir dich, der mir blind vertraut und der mir nur Wahrheit und grenzenlose Liebe bewies.“

Du liebst deinen Vetter?“ fragte Herbert und sein Gesicht wurde blaß, seine Blide hing an angstvoller Erwartung an Sildegards Lippen. „Darüber, Herbert, bin ich niemandem Rechenschaft schuldig, als mir allein.“ Lang es resigniert zurück, versicherte nicht, daß ich mich verraten und verlassen fühlte, gleichwohl ob mit Recht oder Unrecht, daß ich einmal und schmerzlos stand, und daß mein Gatte es war, der mir eine Heimat und eine anspornende Zuneigung bot. Nicht darum bin ich gekommen, um mich und dich zu quälen und mit der grausamen Bergliederung unseres verlorenen Glücks — nein, mit dir suchen will ich, denjenigen ausfindig zu machen, der mich und dich um dieses Glück betrogen hat.“

„So leicht gibst du mich auf? So gleichmütig ziehst du einen abfälligen Strich unter der Vergangenheit?“ „Gleichmütig?“ rief Sildegard, die allmählich ihre charakterlich zur Schau getragene Ruhe zu verlieren begann, „gleichmütig nennst du es, wenn ich nicht in dem schmerzlichen Groll gegen das Schicksal ungerührt wer-

gegen andere, und unnahe gegen mich selbst? Wenn ich nicht leidenschaftlich mich auflehne gegen Dinge und Verhältnisse, die nun einmal unabänderlich sind? Wenn ich im Grame um dich gekorben wäre, so könnte ich dir nicht unerreichtbarer sein, als ich es bin durch den Eid der Treue, den ich jenem anderen am Altar geschworen. Aber gleichmütig breche ich mit der Vergangenheit nicht. Nur auf eine Zukunft zu hoffen, habe ich kein Recht mehr. Was Menschen leiden können, habe ich gelitten, das kannst du mir glauben, und wenn ich nach all den fürchterlichen Erlebnissen meine seelische Ruhe wiedergewann, so danke ich es allein dem Manne, dessen Namen ich trage. Ob ich für ihn das empfinde, was ich für dich empfinde, Herbert, ob ich ihn liebe, oder ob mein Herz der begrabenen Glückseligkeit gehört, das muß mein Geheimnis bleiben, und niemand darf mich danach fragen, niemand!“

„Auch ich nicht?“ „Auch du nicht, Herbert! Du am wenigsten. Aber wenn es dir ein Trost sein kann, so laß mich dir eines sagen. Daß wir uns wiedersehen haben, daß du gelern mit dem Glauben wiedergegeben hast an dich, und daß ich nun weiß, daß ich ohne deine Schuld all das Unlängliche gelitten habe, das macht mich so untagbar glücklich, wie ich so viel Trübsal fort aus meiner Seele, daß ich dies gar nicht mit Worten sagen kann!“

„Du liebst mich also noch?“ „Frage mich nicht, Herbert, ich bitte dich!“ „Sildegard! Du liebst mich noch! Sage mir nur das eine und ich will dankbar fürs ganze Leben von dir scheiden.“ drängte Herbert, während er fühlte, wie ihre Hand leise zitterte.

„Nun denn — ja, ich liebe dich noch! Würdest du mir's glauben, wenn ich es leugnete? — Aber warum zwingst du mich, auszusprechen, was zwischen uns beiden nun einmal nie mehr berührt werden darf. Laß mich nicht meinewidrig werden, bringe mich nicht in Widerspruch mit dem, was ich als eine Pflicht übernommen, gönne mir den schmerzlichen Frieden mit mir selbst. Es ist das einzig

Wertvolle, was ich besitze, laß mich Achtung behalten vor mir selbst!“

„Ach danke dir, Silbe!“ entgegnete der junge Mann und lächelte ihre Hand. „Ja danke dir tausendmal für diesen Trost, den du mir mitgibst in mein verfehltes Leben.“

„Und nun, bitte, Herbert, laß uns von anderem reden, von dem, weswegen ich eigentlich gekommen bin!“ „Ja, du hast recht! Laß uns gemeinsam versuchen, das Dunkel zu lichten, in das eine heillose Dunkelheit sich so raffiniert eingehüllt hat. Aber Schritt für Schritt müssen wir vorgehen, nach jedem Schritte der Reite müssen wir sorgsam suchen, damit wir das Ganze zusammenbringen! Du sagst mir gestern, meine Urteile an dich wären pöbellich ausgefallen!“

„Ja, Herbert — so oft ich aus's Postamt gegangen bin, so oft ich fragte, immer erhielt ich von dem Schalterbeamten die eise Antwort: Es ist nichts da. Und dabei sah ich immer daselbe Gesicht mit den kalten gleichgültigen Augen, die mich anblicken, als wollten sie sagen: Was fragst du denn immer? Was kommt da denn immer wieder? Es ist ja doch nichts da!“

Herbert blieb kopfschüttelnd stehen. Er sagte es nicht. Schon hier fing etwas an, das ihm unbegreiflich war.

„Und du selbst schreibst unterdessen an mich?“ fragte er.

Selbstverständlich. Ich schrieb an deine volle Adresse Hotel de l'Europe, Milano. Ich glaubte dich krank, maite mir die schrecklichsten Dinge aus, die dir zugehoben sein mußten, ich sah dich im Fieber liegen, einsam, verlassen von aller Welt. Ich litt alle Qualen folternder Angst, bis endlich deine Vernehmungsanzeige kam, die all meinen Zweifeln ein grausames Ende machte!“

„Meine Vernehmungsanzeige?“ — Das ist ja gar nicht möglich, das klingt ja buchstäblich wie die Erklärung eines Wahnsinnigen! Wenn nicht du mir das sagtest —“

(Fortsetzung folgt.)





